

Margot Spinazzè
Assistentin Geschäftsführung
Vereinigung Südtiroler Freiberufler
Lauben 46, 39100 Bozen
Tel. 0471 975945 - Fax. 0471 050238
info@vsf.bz.it - www.vsf.bz.it
Steuernummer: 94023730214

Geschätzter Präsident Dr. Glieri, lieber Peter,
sehr geehrte Damen und Herren,

sehr gerne kommen wir dem Wunsch nach und beantworte Ihren
Fragenkatalog.

zu Frage 1)

Hansi Pichler:

Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass die Bürokratie in exponentiellen
Maßen zugenommen hat und dass radikale Maßnahmen notwendig sind um
dem Problem endlich Herr zu werden. Ziel muss es sein, dass mit jeder neuen
bürokratischen Maßnahme bestehende Bestimmungen abgeschafft werden. Aus
diesem Grund bitte ich Sie, mir Ihre Vorschläge zum Abbau von bürokratischen
Hürden mitzuteilen. Es steht außer Frage, dass ich mich dafür mit aller Kraft
einsetzen werde.

Darüber hinaus halte ich folgende Maßnahmen und Schritte für notwendig, für
die ich mich einsetzen werde:

a) Ein guter Teil der Bürokratie ist hausgemacht. Ein Landesrat muss daher
darüber wachen, dass die Bürokratie bereits am Südtiroler Beamtentisch
eliminiert wird. Der „Bürokratie-Landesrat“ soll insbesondere für eine schnelle
Implementierung des Standardkostenmodells sorgen. Dabei handelt es sich um
ein international anerkanntes Modell, das dazu dient, die Kosten von
Informationspflichten und Auflagen wie das Ausfüllen von Statistiken,
Ansuchen, Formularen usw. durch Bürger und Unternehmer, die allesamt aus
Gesetzen resultieren, messbar zu machen. Wenn die einzelnen
Informationspflichten mit „Preisschildern“ versehen werden, gelingt es, zu
Vereinfachungen von Vorschriften zu kommen.

b) Es braucht dringend mehr Engagement beim Kampf gegen die Bürokratie,
die aus Rom und Brüssel kommt. Dazu ist es notwendig, dass sich das Land in
den verschiedenen Gremien wie z.B. der Staat-Regionen-Konferenz, den
interregionalen Koordinierungstischen und technischen Kommissionen endlich
einbringt, um Bürokratie schon dort zu verhindern, wo sie in den letzten Jahren
leider viel zu oft entsteht. Ein Landesrat muss diese Verantwortung
übernehmen und die Themen bereichsübergreifend koordinieren, die
politischen Kontakte pflegen sowie für die Vernetzung mit den
Wirtschaftsverbänden sorgen.

c) Die von den Wirtschaftsverbänden geforderte Verschlinkung der
öffentlichen Verwaltung muss endlich in Angriff genommen, da zwischen Größe

des Verwaltungsapparates und Umfang der Bürokratie ein direkter Zusammenhang besteht.

Heidi Felderer:

In den letzten Wochen hatte ich die Möglichkeit, zahlreiche Betriebe in Südtirol zu besuchen, dabei konnte ich eines feststellen: Unabhängig vom Sektor sowie der Mitarbeiterzahl des Betriebes, die bürokratische Belastung wurde von allen Unternehmern als ihr größtes Problem empfunden.

Jeder Vorschlag der zum Abbau von Bürokratie beiträgt, muss umgesetzt werden. In diesem Sinne bin ich Ihnen dankbar für Ihre Vorschläge und versichere Ihnen, dass ich mich gemeinsam mit meinen Kollegen im Landtag mit voller Tatkraft für den Abbau von Bürokratie einsetzen werde.

Der Südtiroler Wirtschaftsring hat bereits vor geraumer Zeit Vorschläge ausgearbeitet, wie Bürokratie effizient und schnell abgebaut werden könnte. Dieselben werden von meinem Kollegen Hansi Pichler ausführlich beschrieben. Ich möchte mich an dieser Stelle nicht wiederholen, da ich oben genannte Vorschläge zur Gänze teile und mich dafür einsetzen werde.

zu Frage 2)

Hansi Pichler:

Leider habe ich in meinen ehrenamtlichen Funktionen erfahren müssen, dass selbst bei manchem politischen Vertreter kein Bewusstsein für eine zeitnahe Beantwortung von Anfragen und Anliegen vorhanden ist. Das heißt, dass einer Verhaltensänderung auf Verwaltungsebene auch ein Mentalitätswechsel der politischen Vertreter voraus gehen muss.

Sehr wohl bin ich bereit auch auf Hinweise der VSF entsprechend zu reagieren auch wenn ich glaube, dass „symptomatische“ Verzögerungen eher die Ausnahme als die Regel sein werden.

Heidi Felderer:

Als Landtagsabgeordnete sehe ich meine zukünftige Aufgabe die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Bei nicht gerechtfertigten Verzögerungen bei Landesämtern werden gemeinsam mit dem Verband und dem/der zuständigen Landesrat/rätin Möglichkeiten geprüft und gegebenenfalls entsprechende Schritte gesetzt, um die Situation zu verbessern.

zu Frage 3)

Hansi Pichler:

In der Tat ist die Qualität der Landesgesetzgebung mangelhaft, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass es kein zentrales technisches Gesetzgebungsorgan gibt. Daher gilt es aus meiner Sicht hier anzusetzen. Ein solches Organ sollte auf jeden Fall Interessensvertretungen einbinden, indem entsprechende Stellungnahmen eingeholt werden. Eine direkte Formulierung der Durchführungsverordnungen durch Freiberufler, welche ja auch gewissen Eigeninteressen verfolgen, halte ich aber für bedenklich.

Heidi Felderer:

Die klarere und eindeutigere Formulierung von Gesetzen wird seit Jahren von Seiten der Wirtschaft angeprangert. Gesetze müssen so formuliert werden, dass sie auch von Nicht-Juristen verstanden werden können. Grundsätzlich gilt es, alle Gesetze auf Ihre Anwendbarkeit zu überprüfen. Die Einbindung der Freiberufler und Wirtschaftsvertreter bei der Formulierung der Durchführungsverordnungen wird grundsätzlich befürwortet, jedoch wäre es vorher wichtig, ein zentrales technisches Gesetzgebungsorgan einzurichten.

zu Frag 4)

Hansi Pichler:

Ich bin der Auffassung, dass mit der Verlagerung der Bezirksgerichte nach Bozen weder der Effizienz noch der Bürgernähe gedient ist. Auch bin ich der Ansicht, dass die Parlamentarier in Rom sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft haben aber vielleicht mehr erreicht worden wäre, wenn das Oberlandesgericht das erforderliche Gutachten des Richterrates, rechtzeitig in das Justizministerium geschickt hätte.

Heidi Felderer:

Angesichts der anstehenden Spending Review wird es als notwendig und sinnvoll erachtet, dass Strukturen auf ihre Notwendigkeit geprüft werden. Wenn man auf der einen Seite die Peripherie stärken möchte, wird es als wenig sinnvoll erachtet, dass die Bezirksgerichte nach Bozen verlagert wurden und somit Arbeitsplätze in der Peripherie verloren gingen.

zu Frage 5)

Hansi Pichler:

Ich unterstützte grundsätzlich eine Vorgangsweise, die insbesondere bei Urbanistikfragen vorsieht, dass alle Wirtschaftsverbände um eine Stellungnahme ersucht werden.

Heidi Felderer:

Anstehende Reformen sowie Großprojekte sollten grundsätzlich auf breiter Ebene diskutiert werden. Das Einholen vom Best practice Beispielen aus dem Ausland oder anderen Regionen wird als sinnvolle Maßnahme bewertet. Die Wirtschaftsverbände und Interessensvertreter sollten grundsätzlich in derartige Diskussionen miteinbezogen werden.

zu Frage 6)

Hansi Pichler:

Der von der VSF angezeigte Vorgang ist in mehrere Bereichen feststellbar. Gerade in Zeiten der Rationalisierung öffentlicher Ausgaben muss sich aber die Verwaltung auf die wirklich notwendigen Leistungen konzentrieren. Eine Koordinierungsrolle der öffentlichen Verwaltung ist durchaus akzeptabel, es kann aber nicht sein, dass beispielsweise Leistungen, die heimische

Unternehmen mit höherer Qualität und Effizienz sowie geringeren Kosten erbringen können, mehr und mehr an Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung vergeben werden. Hier muss unbedingt ein Umdenken eingeleitet werden.

Heidi Felderer:

Auch im Handwerk mussten wir in den vergangenen Jahren feststellen, dass Tätigkeiten von der öffentlichen Hand übernommen und der Wirtschaft entzogen wurden. In unserem Sektor kann zum Beispiel die Wildbachverbauung genannt werden. Es darf nicht sein, dass Aufträge der Privatwirtschaft entzogen und an Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung vergeben werden.

zu Frage 7)

Hansi Pichler:

Grundsätzlich spreche ich mich dafür aus, dass in Zukunft bei allen gesetzlichen Maßnahmen die Einbeziehung der Betroffenen sichergestellt werden muss. Politische Entscheidungen dürfen nicht von „oben herab“ getroffen werden, sondern müssen das Ergebnis einer offenen und ehrlichen Einbindung der jeweils Betroffenen sein. Die Diskussion muss dabei auf Augenhöhe erfolgen.

Heidi Felderer:

Wie bereits bei Frage 5 betont, sollten die Diskussionen in Zukunft auf breiter Basis erfolgen. Meinungen sollen angehört und anschließend in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Anstehende Gesetzesänderungen sollten frühzeitig mit den betroffenen Gremien diskutiert werden. Der Südtiroler Wirtschaftsring sollte als Sprachrohr der Wirtschaft im Vorfeld angehört werden.

zu Frage 8)

Hansi Pichler:

Diesen Vorschlag gilt es zu vertiefen, wobei sichergestellt werden muss, dass damit keine Benachteiligung für den „normalen“ Publikumsverkehr und höher Kosten für die Verwaltung (zusätzliches Personal) anfallen.

Heidi Felderer:

Ihr Vorschlag, in den öffentlichen Ämtern mit viel Publikumsverkehr eigene Zeitfenster mit Vormerkungsmöglichkeiten einzurichten wird als gut erachtet, allerdings nicht nur für Freiberufler sondern auch für Wirtschaftstreibende. Die Umsetzbarkeit im Sinne der Gleichbehandlung aller Bürger und die Kosten sollten aber vorab geprüft werden. Es darf nicht sein, dass es dadurch zu Benachteiligungen für andere Bevölkerungsgruppen kommt.

zu Frage 9)

Hansi Pichler:

Ich bin Kandidat der Wirtschaft, für die Wirtschaft und möchte in Zukunft Bindeglied zwischen Politik und Wirtschaftsverbänden sein und mich für deren Anliegen einsetzen. Das gilt selbstverständlich auch für die Vereinigung Südtiroler Freiberufler.

Heidi Felderer:

Als Landtagsabgeordnete und Wirtschaftskandidatin werde ich Ansprechpartner für die Wirtschaft aber auch für die gesamte Südtiroler Bevölkerung sein. Mein Ziel ist es, alle Bürger bestmöglich zu vertreten. Dies schließt die Vertretung der Südtiroler Freiberufler natürlich mit ein.

Die Landtagskandidaten

Heidi Felderer und Hansi Pichler